

# Die AKW-Betreiber werden geschont

Rückbau Obwohl Stilllegung und Abfall-Entsorgung teurer werden, müssen Energiekonzerne weniger in den Fonds einzahlen. Kritiker fürchten, dass am Ende der Staat zahlen muss

VON ANTONIO FUMAGALLI

Der Betrag war während Monaten mit Spannung erwartet worden - und er ist voller politischer Brisanz: Was kosten die Stilllegung der Schweizer Atomkraftwerke und die Entsorgung der nuklearen Abfälle? Wie bei in (weiter) Zukunft liegenden Grossprojekten üblich, herrscht darüber noch nicht abschliessend Klarheit.

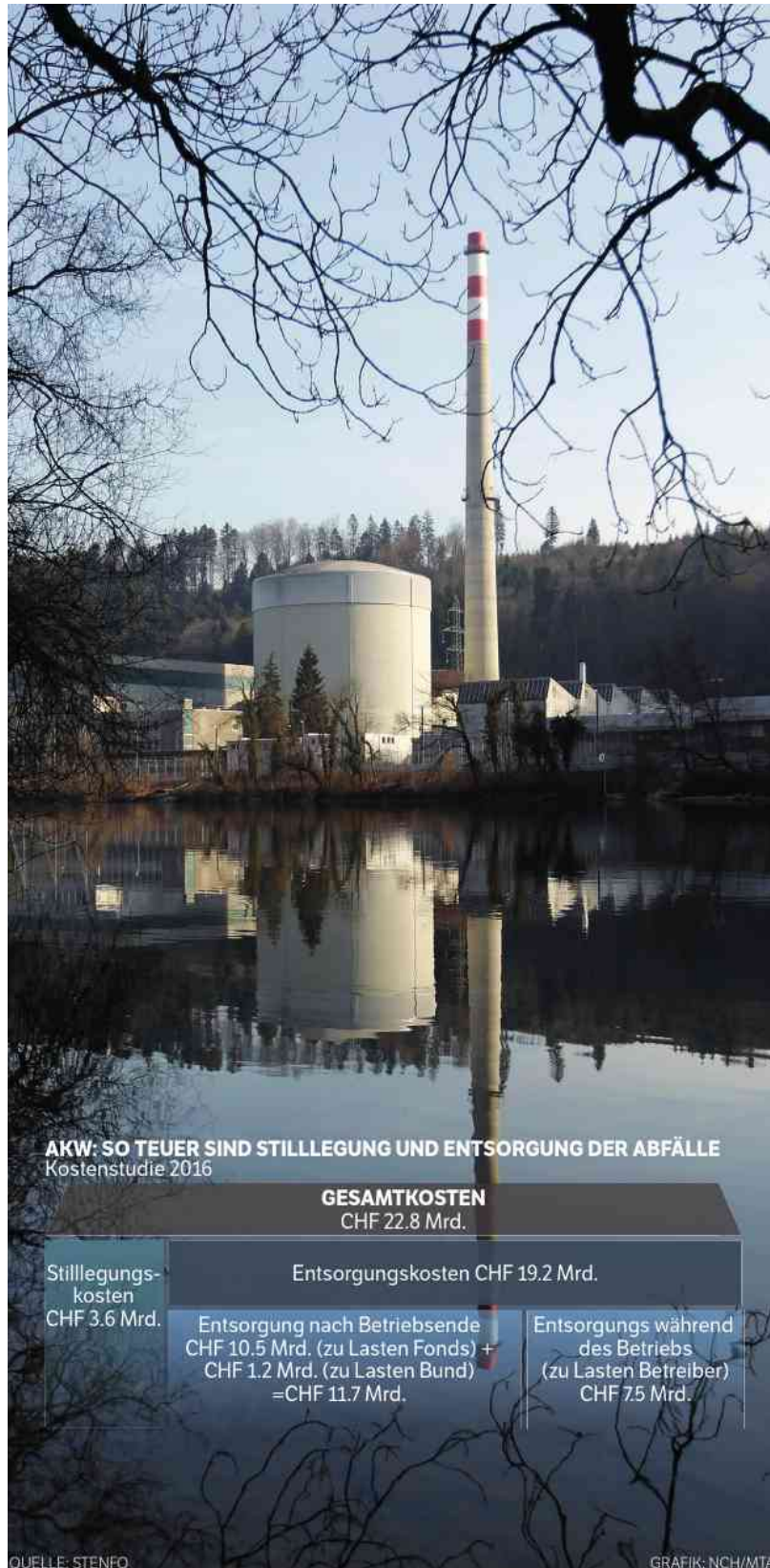
Seit gestern aber gibt es dazu präzisere Zahlen. Swissnuclear, deren Mitglieder-Unternehmen die fünf hiesigen AKW betreiben, hat im Auftrag des Stilllegungs- und Entsorgungsfonds (Stenfo) die neuste Kostenstudie veröffentlicht: Gemäss der Berechnung schlagen Stilllegung und Entsorgung mit 22.8 Milliarden Franken zu Buche - sprich: rund zehn Prozent mehr als bei der letzten Schätzung im Jahr 2011. Die Steigerung ist auf eine neue Berechnungsgrundlage zurückzuführen, welche gemäss den Autoren die Prognoseungenauigkeiten vermindern soll.

Während die Stilllegungskosten mit 3,6 Milliarden Franken veranschlagt werden, geht der weitaus grössere Teil (19,2 Milliarden) zulasten der Entsorgung von radioaktiven Abfällen (siehe Grafik rechts). Dabei fallen insbesondere die Wiederaufbereitung der Brennstäbe, der Transport der Materialien sowie der Bau und Betrieb des Zwischenlagers und des geologischen Tiefenlagers ins Gewicht.

## Entlastung in schwierigen Zeiten

Dass die Stenfo-Kommission die Zahlen erst jetzt und nicht vor der Abstimmung über die Atomausstieg-Initiative von Ende November präsentierte, trug ihr bereits vor deren Veröffentlichung Kritik ein. Gestern verlagerte sich das argumentative Gefecht auf ein anderes Kampffeld: Die Kostenstudie 2016 berechnet nämlich auch, welche Beträge die AKW-Betreiber während der nächsten fünf Jahre in die beiden Fonds einzahlen sollen - es sind voraussichtlich 253,2 Millionen Franken für den Entsorgungsfonds und 108,2 Millionen für den Stilllegungsfonds.

Die Beträge sind insofern von Brisanz, als dass die Betreiber in der auslaufenden Fünfjahresperiode deutlich tiefer in die Tasche greifen mussten - nämlich 707 Millionen für den Entsorgungs- und 339 Millionen für den Stilllegungsfonds. Für die Konzerne Axpo, Alpiq und die BKW eine willkommene Entlastung in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.



Wie aber ist es möglich, dass die Gesamtkosten für Stilllegung und Entsorgung deutlich teurer prognostiziert werden, die AKW-Betreiber in den nächsten Jahren finanziell aber dennoch geschont werden? Ein Teil der Erklärung ist die neue, präzisere Berechnungsmethode. Hinzu kommt der Umstand, dass das geologische Tiefenlager voraussichtlich erst zehn bis fünfzehn Jahre später in Betrieb genommen werden kann als ursprünglich geplant. Damit fallen auch die Zinserträge der Fonds-Vermögen höher aus.

## «Das ist Voodoo-Mathematik»

Für Atomkritiker geht die Rechnung jedoch nicht auf: «Die Fakten werden zu rechtgebogen, damit die AKW-Betreiber maximal entlastet sind», sagt Grünen-Präsidentin Regula Rytz. Sie spricht von «Voodoo-Mathematik», deren Grundlage sie nun genau prüfen wolle. Auch für SP-Fraktionschef Roger Nordmann ist die neuste Kostenschätzung «viel zu optimistisch». Der «Nuklearfilz» bereite den Boden für eine teure Rettungsübung mit Steuergeldern vor. «Es bahnt sich die Verstaatlichung aller Endkosten an», so der Waadtländer Nationalrat. Ohnehin sei es «ein Systemfehler», dass mit Swissnuclear die Fachgruppe der AKW-Betreiber die Schätzungen erstelle - und deshalb ein Eigeninteresse daran habe, die Jahresbeiträge so tief wie möglich zu veranschlagen.

Stenfo-Präsident Raymond Cron lässt diese Kritik kalt. Das Kernenergiegesetz sehe den Ablauf so vor. «Das ist absolut sinnvoll. Wir definieren die Kriterien, nach denen gerechnet werden muss, und die Betreiber führen sie durch - denn sie kennen ihre Werke und die Materie am besten», sagt Cron.

## Unabhängige Prüfung

In der Tat definiert das Gesetz zusätzliche Sicherheitsschranken, nach denen sich die involvierten Stellen zu richten haben. Zuerst prüfen nun unabhängige Experten die von den Betreibern gelieferten Zahlen. Auf Antrag des Stenfo setzt anschliessend das Energiedepartement Uvek die endgültigen Kosten für die nächste Fünfjahresperiode fest. Wie teuer - oder wie günstig - die Beitragszahlungen der AKW-Betreiber für Entsorgung und Stilllegung sein werden, entscheidet sich wegen der aufwendigen Prüfphase voraussichtlich erst Mitte 2018.

## Bankgeheimnis im Inland Nationalrat beschliesst Gegenvorschlag

Der Nationalrat lehnt die Volksinitiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre» ab - und stellt ihr einen eigenen Vorschlag gegenüber. Der Entscheid fiel gestern mit 80 zu 60 Stimmen (bei 55 Enthaltungen). Der Gegenvorschlag soll das Bankgeheimnis ebenso in der Verfassung verankern. Ob das nötig ist, war heftig umstritten («Nordwestschweiz» vom Mittwoch). Die Befürworter von Initiative und/oder Gegenvorschlag wollen sicherstellen, dass der automatische Informationsaustausch im Inland nicht eingeführt werden kann. Die Gegner wollen sich ebendiesem Schritt offenhalten.

Als Nächstes muss nun der Ständerat die Volksinitiative diskutieren. (SDA/NCH)

## AUS DER SESSION

### NATIONALRAT I Keine Regelung gegen rückwirkende Initiativen

Unter dem Eindruck der Erbschaftssteuerinitiative haben sich die Staatspolitischen Kommissionen beider Räte letztes Jahr für ein Rückwirkungsverbot von Volksinitiativen ausgesprochen. Der Nationalrat lehnt die Idee nun aber mit 111 zu 71 Stimmen ab. (SDA)

### NATIONALRAT II Mehrwertsteuer bis 2035 verlängert

Der Bund durfte die direkte Bundessteuer und die Mehrwertsteuer bisher nur bis 2020 erheben. Gestern hat der Nationalrat einer Verlängerung um 15 Jahre zugestimmt. Sie machen über 60 Prozent der Bundeseinnahmen aus. (SDA)

### NATIONALRAT III Erdbebenversicherung ist definitiv vom Tisch

Der Nationalrat will keine obligatorische Erdbebenversicherung. Er lehnt eine Standesinitiative des Kantons Basel-Stadt mit 101 zu 81 Stimmen (bei 5 Enthaltungen) ab. Kantonale und private Versicherungen deckten Schäden. (SDA)

### NATIONALRAT & STÄNDERAT Grenzwachtkorps wird nicht aufgestockt

Der Stellenetat fürs Grenzwachtkorps wird mittelfristig nicht um 36 Vollzeitstellen erhöht. National- und Ständerat konnten sich im Rahmen der Budgetdebatte nicht auf eine Aufstockung einigen. Damit ist die Sache vom Tisch. (SDA)

### STÄNDERAT I Bundesrat muss mit Eritrea nicht verhandeln

Der Ständerat will den Bundesrat nicht beauftragen, Verhandlungen mit Eritrea über Entwicklungsprojekte und ein Rückübernahmeabkommen aufzunehmen. Er hat eine nationalrätliche FDP-Motion mit 21 zu 19 Stimmen abgelehnt. (SDA)

### STÄNDERAT II Schweiz will im Meer vor Libyen keine UNO-Zone

Der Ständerat ist gegen eine von der UNO kontrollierte Zone an der libyschen Küste. Er hat eine entsprechende SVP-Motion einstimmig abgelehnt. (SDA)

### STÄNDERAT III Nein zu Test in Genf mit Strassengebühren

Der Ständerat erlaubt Genf nicht, einen Versuch zur Einführung einer Innenstadtmaut durchzuführen. Das Geschäft geht nun an den Nationalrat. (SDA)

### STÄNDERAT IV Katzen müssen nicht kastriert werden

17 000 Personen forderten per Petition von «SOS Chats» die obligatorische Kastration aller Haus- und streunenden Katzen. Der Ständerat lehnte das Anliegen als unverhältnismässig ab. (SDA)

# Spielte Ueli Maurer ein Doppelspiel?

**Budget 2017** Das bürgerliche Spardiktat setzt sich durch: Die Bundesverwaltung muss 128 Millionen sparen. Die Rolle von Finanzminister Ueli Maurer gibt zu reden.

VON DORIS KLECK

Wird die bürgerliche Mehrheit aus SVP und FDP im Nationalrat übermütig, sorgt die kleine Kammer meist für eine Korrektur. Bei der Beratung des Budgets sind die Mechanismen allerdings anders. Einigen sich die beiden Räte nicht auf eine Position, setzt sich der tiefere Betrag durch. Mit anderen Worten: SVP, FDP und BDP konnten gestern im Nationalrat den Kompromissvorschlag der Einigungskonferenz sorglos versenken. So setzte sich der Sparhammer der grossen Kammer durch.

Die Kürzungen treffen insbesondere die Bundesverwaltung: Gegenüber der bundesrätlichen Vorlage kürzte der Nationalrat die Ausgaben um 128 Millionen Franken. 50 Millionen betreffen das Personal, 60,3 Millionen die externen Dienstleister und Berater und

17,5 Millionen die Informatik. Für Albert Vitali (FDP/LU) sind diese Kürzungen «vertretbar». Er erinnerte daran, dass die Gesamtausgaben für das Personal 5,75 Milliarden Franken betragen. Urs Gasche, ehemaliger bernischer Finanzdirektor, sagte, selbst Bern könne mit einem viel kleineren Haushalt über Nacht 100 bis 150 Millionen Franken sparen. Ohnehin hält es der BDPler aber für falsch, von sparen zu sprechen: «Es geht darum, das Ausgabenwachstum zu bremsen.» Das sei vorausschauend und wesentlich einfacher als richtig zu sparen.

Naturgemäss anders sieht man dies beim Bundespersonalverband. Dessen Präsidentin Barbara Gysi findet, die Luft sei draussen. Eine Kürzung von 50 Millionen Franken entspreche 370 Stellen: «Das heisst, dass Stellen nicht mehr besetzt und Aufgabe nicht mehr erfüllt werden können», sagt

die St. Galler SP-Nationalrätin. Der Verband überlegt sich nun, wie er auf die Beschlüsse des Parlaments reagieren soll. Mögliche Massnahmen sind ein Bummelstreik oder dass gewisse Dienstleistungen nicht mehr erbracht werden. Solche Massnahmen müssten aber breit abgestützt sein. Gysi räumt ein, dass es beim Bundespersonal Ängste gebe, dass solche Massnahmen kontraproduktiv seien. Denn dem Bundespersonal droht bereits die nächste Kürzung: Der Nationalrat will im Rahmen des Stabilisierungsprogrammes nochmals 50 Millionen Franken einsparen. Offen ist, ob der Ständerat mitmacht.

Finanzminister Ueli Maurer wehrte sich im Verlaufe der dreiwöchigen Budgetdebatte mehrfach gegen den bürgerlichen Sparhammer: «Mit diesen Querschnittkürzungen Ende Jahr beruhigen Sie vielleicht Ihr Gewissen, aber wir spa-



«Überall, wo wir die Sparschraube ansetzen, folgt Ihr Aufschrei auf Fuss.»

Ueli Maurer  
Finanzminister